

Hans-Henning Adler

# Kapital-Macht wirksam bändigen



Gedanken zu einem **Sozialismus**  
mit **Durchsetzungschancen**

Mit einem Vorwort  
von Oskar Lafontaine

**VSA:**

**Eine Flugschrift**

Hans-Henning Adler  
Kapital-Macht wirksam bändigen  
Gedanken zu einem Sozialismus  
mit Durchsetzungschancen

*Hans-Henning Adler*, Rechtsanwalt in Oldenburg, seit 1996 im Stadtrat, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Er war von 2008 bis 2013 Mitglied im Niedersächsischen Landtag für DIE LINKE, dort zuletzt auch Fraktionsvorsitzender.

*Oskar Lafontaine*, ehemaliger SPD-Vorsitzender, 2005 bis 2009 Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, 2007 bis 2010 Parteivorsitzender der LINKEN, ist seit 2009 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Saarländischen Landtag.

Hans-Henning Adler

## **Kapital-Macht wirksam bändigen**

Gedanken zu einem Sozialismus  
mit Durchsetzungschancen

Eine Flugschrift

Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine

**VSA: Verlag Hamburg**

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

© VSA: Verlag Hamburg 2020, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Titelfoto: Hans-Henning Adler  
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck  
ISBN 978-3-96488-087-1

# Inhalt

## **Vorwort**

von Oskar Lafontaine ..... 7

**Einleitung** ..... 11

**Zuversicht statt Verzagtheit –  
für eine neue linke Erzählung** ..... 15

Von Gegenwehr und Emanzipation – ältere Erzählungen .... 17

Strategische Überlegungen ..... 21

**Machtteilung durch Bündnispolitik** ..... 25

Risse und Spalten nutzen, Gegenmacht aufbauen ..... 29

**Gewaltenteilung als Macht begrenzendes System** ..... 31

**Mitbestimmung und ihre Grenzen** ..... 33

Grenzen gewerkschaftlicher Gegenmacht ..... 40

Beispiele und Anlässe für mehr Mitbestimmung  
in Unternehmen ..... 45

**Ein neues Verhältnis von Ökonomie und Politik?** ..... 49

Klimakatastrophe und öffentliche Einflussnahme  
auf die Wirtschaft ..... 48

Staatsbeteiligungen in der Corona-Krise ..... 52

Das Beispiel einer sozial gerechten Bodenpolitik ..... 54

Drei verschiedene Interessen in den Unternehmen ..... 58

Das Gegenteil von Machtteilung:  
Public Private Partnership ..... 64

Das Beispiel EWE – öffentliche Beteiligung pervertiert ..... 67

Die Erfahrung Jugoslawiens mit der »Arbeiterselbstverwaltung« .....	70
Alternative Regulationsweisen – das Beispiel der VR China .....	72
<b>Wege zur Wirtschaftsdemokratie</b> .....	77
Markt und Plan .....	81
Sozialistische Elemente als Brückenköpfe im herrschenden System .....	83
Neue Regulationsweise für »geistiges Eigentum« .....	89
Merkmale einer postkapitalistischen Gesellschaft .....	93
<b>Strategien gegen den internationalen Kapitalismus</b> .....	97
Machtteilung international – politisch .....	102
Machtteilung international – wirtschaftlich .....	103
<b>Zusammenfassung und Ausblick</b> .....	113
<b>Literatur</b> .....	121

## Vorwort

In den westlichen Industriestaaten geht der Einfluss von Parteien, die sich auf die Tradition der Arbeiterbewegung berufen und für eine gerechtere Welt eintreten, seit Jahrzehnten zurück. Im Gegenzug wächst der Autoritarismus und neue Parteien entstehen, die den Rückzug auf den Nationalstaat empfehlen und die soziale Frage durch die Abwehr von Zuwanderern lösen wollen.

Der Aufstieg der Rechten ist immer auch ein Versagen der Linken. Worin aber liegt dieses Versagen? Da ist einmal der Verlust an Glaubwürdigkeit, der durch die Politik des US-Präsidenten Bill Clinton, des britischen Premierministers Tony Blair, des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder oder des französischen Präsidenten François Hollande eingetreten ist, um einige Beispiele zu nennen.

Aber es ist doch auffallend, dass auch Parteien, deren Forderungen, wie höherer Mindestlohn, höhere Renten, bessere Lohnentwicklung, auskömmlicher Sozialstaat oder friedliche Außenpolitik, von großen Mehrheiten der Bevölkerung getragen werden, keine ausreichende Unterstützung bei den Wählerinnen und Wählern finden.

Wenn man darüber nachdenkt, warum das so ist, dann rücken die Machtstrukturen der jeweiligen Gesellschaft ins Zentrum der Überlegungen. Und genau hier setzt das Buch »Kapital-Macht wirksam bändigen« von Hans-Henning Adler an. Es nützt ja nichts, ständig darüber zu jammern, dass das Geld die Welt regiert und dass die Konzerne mehr Macht haben als die jeweiligen Regierungen. Die wirtschaftliche Konzentration wächst unaufhaltsam weiter und damit die Macht der Konzerne, man denke nur an die Internetgiganten der USA und ihre Demokratie zerstörende Wirkung. Was also tun?

Nur eine Veränderung der wirtschaftlichen Machtstrukturen schafft die notwendigen Räume für eine Politik der Teilhabe und sozialen Gerechtigkeit. In der jetzigen Wirtschaftsordnung, das



kann man weltweit beobachten, verfestigen und verhärten sich Machtverhältnisse, die einer Politik für die Mehrheit entgegenstehen. Nur wenn die wirtschaftliche Macht denen gegeben wird, die den großen Reichtum der Welt schaffen, kann die scheinbar unaufhaltsame Entwicklung zu Autoritarismus und Oligarchie gestoppt werden. Mitbestimmung und gewerkschaftliche Gegenmacht fanden letztendlich immer wieder in den gegebenen Eigentumsverhältnissen ihre Grenzen. Eine reiche Minderheit herrscht nicht nur über den Produktionsapparat, sondern auch über die öffentliche Meinung.

Der Ausweg ist das Mitarbeiterunternehmen. Die Unternehmen gehören dann nicht mehr Erbgemeinschaften oder Investmentfonds, sondern den jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die besondere Rolle des Gründungsunternehmers bleibt auch in der zukünftigen Wirtschaftsordnung erhalten.

Eine kritische Aufarbeitung der Erfahrungen der Vergangenheit, wie sie beispielsweise im jugoslawischen Modell gemacht wurden, ist notwendig, um Fehlentwicklungen in der Zukunft zu vermeiden. Hans-Henning Adler nimmt zu Recht darauf Bezug. Auch wenn man die Entwicklung und das Eigenkapital der saarländischen Stahlindustrie mit den Verhältnissen bei Thyssen vergleicht, wird unmittelbar deutlich, dass die an der Saar gefundene Stiftungslösung der Übernahme von Industriebetrieben durch Finanzhaie weit überlegen ist.

Auch die Erbschaftssteuer bei der Weitergabe von Konzernen an die nächste Eigentümergeneration kann zur Grundlage einer neuen Wirtschaftsordnung werden, wenn sie in nicht veräußerbaren Belegschaftsanteilen gezahlt wird. Nicht nur die Eigentümerstruktur verändert sich so, sondern es wird auch verhindert, dass zerstrittene Familien das Unternehmen ruinieren. An die Stelle des Strebens, aus Geld mehr Geld zu machen, tritt das Interesse der Beschäftigten, ihr Unternehmen und ihre Arbeitsplätze zu bewahren.

Auch die Rolle des Staates und der Gemeinden in der Wirtschaft muss, wie Hans-Hennig Adler zu Recht fordert, erneuert werden. Statt »privat vor Staat« gilt zukünftig, dass das Interes-

se der Einzelnen hinter dem Interesse der Gemeinschaft zurücksteht.

Das vorliegende Buch soll diejenigen unterstützen, die sich mit den derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nicht abfinden wollen. Deshalb geht es auch um Zuversicht und darum, mit welcher Erzählung man sie wiedergewinnen kann.

Regelmäßig ärgere ich mich über die von Politikern häufig vorgetragene Anmaßung: »Zu unserer Politik gibt es keine Alternative.« Im brasilianischen Porto Alegre beispielsweise sieht man nicht die Reichen und Mächtigen, sondern Globalisierungskritiker, Gewerkschafter und Kirchenvertreter, die sich nicht für Gewinnmaximierung, sondern für soziale Gerechtigkeit in der Welt engagieren. Ihr Motto heißt: »Eine andere Welt ist möglich.« Sie sprechen nicht nur über programmatische Alternativen, sondern auch darüber, wie man einen scheinbar übermächtigen Gegner überwinden kann. Dieser Fragestellung widmet sich auch Henning Adler in dieser Flugschrift.

Noch sind die »Eliten« sich ihrer Macht sicher. Wenn es aber gelingt, ihre Macht Schritt für Schritt einzuschränken, und das geht nur über Lösungen, die an der Eigentumsfrage ansetzen, dann eröffnet sich eine andere Zukunft.

*Oskar Lafontaine*



## Einleitung

Wenn politische Veränderungen durchgesetzt werden sollen, geht es notwendigerweise auch um Machtfragen. Dies gilt jedenfalls dann, wenn Benachteiligte bessergestellt und Privilegierten etwas genommen werden soll. Die Bessergestellten werden in der Regel ihre Positionen nicht freiwillig räumen. Überzeugungsarbeit ist wichtig, reicht aber häufig nicht, wenn persönliche Interessen dem entgegenstehen.

Da Machtgebrauch nach allen geschichtlichen Erfahrungen aber auch Machtmissbrauch bedeuten kann, lohnt es sich, die damit zusammenhängenden Fragen näher zu untersuchen. Die geschichtlichen Erfahrungen mit dem Staatssozialismus, der sich selbst auch »real existierender Sozialismus« nannte, kann heutzutage niemand übergehen, der Vorschläge für eine Emanzipation von Unterdrückung und Ausbeutung entwickeln will, vor allem dann, wenn die machtpolitische Seite eines Transformationsprozesses zu einer menschlicheren Gesellschaft betrachtet werden soll.

Die Überwindung von kapitalistischer Ausbeutung, die Gestaltung einer Wirtschaftsweise, die vom Allgemeinwohl bestimmt ist, wird natürlich mit dem Begriff »Sozialismus« verbunden, der nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts eigentlich nur noch als demokratischer Sozialismus gedacht werden kann.

Dieses Buch kann deshalb auch als ein Versuch verstanden werden, einen Beitrag zu der Frage zu leisten, was unter »demokratischem Sozialismus« zu verstehen ist. Der Begriff ist nicht ganz neu. Er findet sich nicht nur in der Programmatik der Partei DIE LINKE bzw. ihrer Vorgängerpartei PDS, sondern auch schon in programmatischen Aussagen der SPD, z.B. in ihrem Godesberger Programm.

Dort finden wir einen Wertekanon, der den demokratischen Sozialismus kennzeichnen soll: »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende ge-

gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.« (SPD 1959/1965: 80) Es gibt aber keine Antwort auf die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen, die den demokratischen Sozialismus ermöglichen. Die Frage der Machtstrukturen wird zwar angesprochen, aber in einem allgemein gehaltenen Appell aufgelöst, aus dem nichts folgt: Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft sei »eine zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik«, heißt es dort, ohne dass erkennbar wird, wie diese Bändigung organisiert werden soll.

Das Godesberger Programm ersetzte, so Wolfgang Abendroth als einer seiner schärfsten Kritiker, »konkrete soziale Analyse und konkrete Zielsetzung durch den Appell an »Werte« und Formeln, die jeweils beliebig ausgewertet werden können. Ohne »Godesberg« lässt sich auch kaum erklären, wie an den bundesdeutschen Universitäten in den 1960er Jahren eine neue sozialistische Linke entstand.

Für eine marxistische Herangehensweise an die Frage, wie etwas geändert werden kann, ist im Gegensatz zu moralischen Postulaten immer die Beantwortung der Frage entscheidend, welche gesellschaftlichen Verhältnisse herzustellen sind, um ein verträglicheres Zusammenleben der Menschheit zu ermöglichen. Deshalb geht es nicht darum, sich eine bessere Welt auszumalen. In den Worten von Marx: »Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen.« (Marx-Engels-Werke, im Folgenden zitiert als MEW 1: 386) Diese Wirklichkeit sind die gesellschaftlichen Verhältnisse. Es gilt deshalb »der kategorische Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1: 385). Oder an anderer Stelle: »Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muss man die Umstände menschlich bilden.« (MEW 2: 138)

Mein Anliegen in dieser Schrift ist es deshalb nicht, den Gedanken an einen Katalog von positiven Werten einer humanen Lebensweise weiterzuverfolgen oder zu erweitern. Vielmehr soll in marxistischer Tradition der Frage nachgegangen werden, wel-

che gesellschaftlichen Strukturen entstehen müssen, um humanistische Ziele verwirklichen zu können. Hierbei geht es um ökonomische Verhältnisse und um Machtfragen.

Kommunistische Parteien haben in der Zeit nach der Oktoberrevolution die Machtfragen in ihrer Politik und Programmatik ganz nach vorn gestellt. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und der damit verbundenen Illusion, einen neuen zivilisatorischen Fortschritt mit einer Machtkonzentration in den Händen des Staates einzuleiten, war es für Linke jahrelang verpönt, über Machtfragen zu reden. Das Gegenteil von einem Fehler ist aber häufig auch ein Fehler.